

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Holtz & Comp., Nr. 90611.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Herausgeber:
Gebr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frangos monatlich 2.75 M., durch
den Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Weitzingplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Weitzingplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Komparatzeile 1.50 M., Familienanzeigen
1.00 M., die 4-spaltige Komparatzeile 4.00 M., einschließlich Inkrustation. Bei
mehrmaliger Aufnahme Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Ver-
pflichtung zur Aufnahme an vorgelieferten Tagen. Für Bräutigamsbegleitung 20 St.

Nr. 48

Dresden, Sonnabend den 28. Februar 1920

31. Jahrg.

Ein englisch-türkisches Geheimabkommen

England, Frankreich und die Türkei

Paris, 28. Februar. Aus Paris wird gemeldet: An-
lässlich der Behandlung der türkischen Frage im Obersten Rat
veröffentlichte einige Pariser Blätter den Wortlaut eines
Geheimabkommens, das im Oktober 1919 zwischen
dem Großwesir Davaud Scherif Pascha und England
geschlossen worden sei. England sichert in diesem Abkommen
der Türkei die Unabhängigkeit zu, Konstantinopel bleibt der
Türkei als Hauptstadt, und die Dardanellen werden der englischen
Marine unterstellt. Die Türkei wird sich der Bildung eines
unabhängigen türkischen Reiches nicht widersetzen. Sie verpflichtet
sich, die englische Oberhoheit in Syrien und Mesopotamien zu
unterstützen. Die britische Regierung verpflichtet sich, die
türkischen Polizeikräfte zu liefern, um die verfassungsmä-
ßige Regierung in der Türkei gegen die Bestrebungen der
Nationalisten zu unterstützen. Die Türkei verzichtet auf alle
ihre Rechte in Mesopotamien.

Das Schicksal der Türkei

Amsterdam, 27. Februar. Nach einer Meldung des Telegraf
aus London vom 26. Februar erklärte Lloyd George auf An-
fragen Maclean und Carson im Unterhaus: Mit der Vertreibung
des Sultanen aus Konstantinopel seien sowohl Vorteile wie Nachteile
verbunden. Die Konvention der Alliierten sei nach türkischer Über-
zeugung zu dem Schicksal gekommen, daß es das beste sei, wenn man
die Türkei in Konstantinopel lasse. Man bezweifle, daß Groß-
britannien die größte muslimanische Macht der Welt sei. Die
Wahmänner des Propheten hätten sich auf das Land von der eng-
lischen Regierung gegeben. Wenn die Wahmänner glauben
müßten, daß die Friedensbedingungen den Groß Propheten, die
Botschaft des Propheten niederschrieben, um die Botschaft des Christen-
tums an ihre Stelle zu setzen, so würde dies dem türkischen Volk
in Jordan sehr schaden.

Lloyd George besprach hierauf die Friedensziele der Alliierten
gegenüber der Türkei. Diese seien:

1. die Freiheit der Dardanellen,
2. die Befreiung aller nichtchristlichen Gemeinwesen von der
türkischen Herrschaft,
3. Selbstverwaltung für die Gemeinwesen, die zum größten
Teile aus christlichen Untertanen bestehen.

Der Minister sagte, es müßten Vorarbeiten für den Schutz
der Minderheiten gegen türkische Unterdrückung gemacht werden. Es
gäbe an das Schwarze Meer jedes oder jedes unabhängige
Reich. Es sei notwendig, daß ein freier Weg bestehe, um zu diesen
Märenten zu gelangen. Die Türkei solle nicht ganz ihrer Vormun-
dschaft über die Balkanländer beraubt werden. Vor allem aber
müßten die

Dardanellenforts geschleift

werden und dürfte die Türkei keine Truppen im Bereiche der Wasser-
straßen halten. Falls diese hätten die Alliierten die Absicht, Kon-
stantinopel an den Dardanellen zu erhalten, mit deren Hilfe nicht allein
die Dardanellen, sondern auch der Bosphorus demacht werden.

Die andere Lösung der türkischen Frage wäre die internatio-
nale Vermittlung von Konstantinopel gewesen. Dies hätte bedeutet,
daß eine Kommission von vier Nationen (England, Frankreich, Italien
und die Türkei) die Angelegenheiten der Türkei hätte regeln sollen.
Dies würde aber die Türkei in die Lage versetzen, sich selbst zu
verwalten. Die internationale Kommission hätte die Angelegenheiten
der Türkei regeln sollen. Die internationale Kommission hätte die Ange-
legenheiten der Türkei regeln sollen. Die internationale Kommission hätte
die Angelegenheiten der Türkei regeln sollen.

Lloyd George sagte, daß er beabsichtigt sei, den Völkern
die Herrschaft über alle nichtchristlichen Völker
zu nehmen, die sie früher schweigend unterdrückten, und sie der Herr-
schaft über die Dardanellen und das Schwarze Meer zu überlassen,
da es ihnen in der Vergangenheit ermöglicht, so viel Unheil an-
zurichten.

Heimkehr aus Japan

Berlin, 27. Februar. Die Reichszentralstelle für
Kriegs- und Zivilisangene teilt mit, daß voraussichtlich
wegen der Dampfer Tiflis-Maru mit 43 Offizieren und
88 Mann aus Japan in Willemsbaven eintrifft. Damit
ist dann der zweite Gefangenentransport aus
Japan auf heimatischem Boden angelangt.

Die Londoner Beratungen

Amsterdam, 28. Februar. Aus London wird ge-
meldet, daß verschiedene Sitzungen der einzelnen Räte statt-
gefunden haben. Die Ministerpräsidenten werden von ihren
Kabinettsmitgliedern unterstützt, weiter fortzufahren, die
Kriegs- und Zivilisangene unterstützen. Die Ministerpräsidenten
werden von ihren Kabinettsmitgliedern unterstützt, weiter fortzufahren,
die Kriegs- und Zivilisangene unterstützen. Die Ministerpräsidenten
werden von ihren Kabinettsmitgliedern unterstützt, weiter fortzufahren,
die Kriegs- und Zivilisangene unterstützen.

Die Friedenskonferenz wird voraussichtlich nach den größten
Teil der nächsten Woche tagen. Ritti war damit einberufen,
keine Abreise auszuschieben. Der französische Cien-
landes hat keine Abreise auszuschieben. Der französische Cien-
landes hat keine Abreise auszuschieben. Der französische Cien-
landes hat keine Abreise auszuschieben.

Die Friedenskonferenz wird voraussichtlich nach den größten
Teil der nächsten Woche tagen. Ritti war damit einberufen,
keine Abreise auszuschieben. Der französische Cien-
landes hat keine Abreise auszuschieben. Der französische Cien-
landes hat keine Abreise auszuschieben.

Vorbereitungen des Reichsgerichts

(Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 28. Februar. Das erste der Gesetze, die infolge der
Verweigerung der Aburteilung der Kriegsschuldigen vor das
Reichsgericht erforderlich geworden sind, hat jetzt den Reichstag
verlassen und wird in den nächsten Tagen der Nationalversammlung
zugehen. Es handelt sich dabei um einen Entwurf, durch den ver-
schiedene seit der Revolution erlassene Gesetze aufgehoben
werden für alle die Verurteilten, die auf der Auslieferungsbasis der
Entente stehen. Nur dadurch kann überhaupt der Weg freigemacht
werden, der dem Reichsgericht ein Eingreifen ermöglicht.

Nach bekanntem Rezept

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 26. Februar. In der Nationalversammlung
wurde Freitag abend von einer dem Minister Erzberger nahe-
stehenden Seite das Gerücht verbreitet, Erzberger habe sich
entschlossen, nach Abschluß des Selbstverleumdungsprozesses seinen Ab-
schied einzurichten. Dieser Entschluß soll unabhängig sein.
Die Gegner des unbenommen Reichsfinanzministers
halten die Zeit für gekommen, seinen Abgang nach dem be-
kannten Rezept zu erzwingen, das in besonders klassischer
Art auch gegen Bethmann-Hollweg angewendet wurde.
Die Reaktion verkündete seinen Abgang so lange, bis die
Definitivität des Rücktritts fest erwartete. Erzberger hat
unre volle Gleichgültigkeit, aber die Kampfmethoden seiner
Gegner haben unre volle Berachtung!

Die Arbeit im Ruhrgebiet

(Eigener Drahtbericht)

Essen, 28. Februar. Im Ruhrgebiet ist die Streiklage seit
seiner unverändert. Mit Ausnahme der beiden Gruben der
deutsch-luxemburgischen Bergwerksgesellschaft wird im ganzen
Ruhrgebiet gearbeitet. Auch die Abendarbeiten sind unverändert
eingefahren und haben sich zu Überstunden bereit erklärt. Im
Hamborn- und Oberhausen Revier wird weiter gearbeitet. Die
auf Sonntag einberufenen Bergarbeiterversammlungen sind auf
Grund des Belagerungszustandes verboten worden.

Die Volkszählung in Wien

(Eigener Drahtbericht)

Wien, 28. Februar. Das provisorische Ergebnis der
Volkszählung, die am 31. Januar in Wien stattgefunden hat,
ergibt für Wien 1 838 798 Einwohner, also ungefähr 400 000
weniger als im Jahre 1910.

Briands Kaffandrarufe

(Eigener Drahtbericht)

Paris, 28. Februar. In der gestrigen Kammer Sitzung nahm
Briand das Wort. Seine Rede machte den Eindruck, als ob sie
den Zweck hätte, Briands neue Kandidatur für die Ministerpräsi-
denchaft anzunehmen. Briand fordert die Aufrechterhaltung einer harten
Kurs, da Deutschland, auch wenn es keine Lust zum Angriff habe,
dennoch Reparationsgebühren lege und Zeit zu gewinnen suche, um sich
den Verpflichtungen zu entziehen, die ihm der Friede auferlegt hat.
Deutschland gehe von dem Gedanken aus, daß Bündnisse gerechtfertigt
seien, und die Ereignisse hätten ihm jetzt recht zu geben. Die we-
sentlichsten Verhandlungen stimmen die Kammer ansehend recht
über, zumal aus London gleichzeitig Meldungen eingelaufen sind,
die von einer schweren Verhimmung zwischen Frank-
reich und England sprachen.

Die Sklaventketten

Berlin, 28. Februar. Die Franzosen haben in den Ver-
handlungen über die Kohlenlieferungen in den letzten Tagen das
Recht für sich in Anspruch genommen, die nach Maßgabe des Friedens-
vertrages zu liefernden Kohlenlieferungen nicht mehr an der Grenze
abzugeben, sondern unmittelbar an den Gruben abholen
zu dürfen. Ferner erheben sie den Anspruch, daß alle auf die
Halben gestrichen Kohlen ihnen gehören.

Um die Ausführung der Anlage 3 zu Artikel 236 des Friedens-
vertrages in die Wege zu setzen, beschloß heute eine deutsche
Kommission von 21 Mitgliedern unter Leitung des bisherigen Sch.
Legationsrates Seliger vom Bundesrat nach London.
In der genauesten Anlage sind die Bestimmungen über die Aus-
lieferung der Handelsflotte und die Bestimmungen über die
Schiffahrtflotte und über die Pflichtverpflichtungen enthalten.

Französische Eigenmächtigkeit

Frankfurt, 28. Februar. Trotzdem die Entente anstanden
hat, daß im Krieg begangene Verbrechen vor einem Reichs-
gericht abzuurteilen sind, nimmt sie im besetzten Gebiet bereits
Verhandlungen vor. Im Die Sorge wurde der Landwirt
Gottschalk unter der Beschuldigung verhaftet, in Frankreich
Teppiche geraubt und in die Heimat gefahren zu haben.

Polens Antwort an Rußland

Warschau, 28. Februar. Die Antwort der polnischen Re-
gierung auf die russischen Friedensvorschläge ist den Alliierten
unterbreitet worden. Sir Janar Greenwood erklärte,
daß die Antwort der polnischen Regierung nicht negativ sei.

Glossen zum Straßburger Kongreß

Die Beratungen des französischen Sozialistenkongresses
in Straßburg leiden zu sehr an der allgemeinen Verpönte-
rung, der die Arbeiterbewegung der ganzen Welt anbei-
gefallen ist, als daß von ihnen eine klare, eindeutige und
praktisch wirksame Haltung der französischen Partei in der
Frage des Friedens erwartet werden dürfte. In Straßburg
geht der Streit bekanntlich um die zweite oder dritte Inter-
nationale, oder richtiger gesagt, er geht eigentlich nur noch
darum, ob man sich der Moskauer Internationale auf Um-
wegen und mit Vorbehalten anschließen soll, wie es Lon-
guet, oder ob das ganz ohne Umwege und Vorbehalte ge-
schehen soll, wie dies Lorient fordert.

Die zweite Internationale war unter der Führung von
Rebel und Laurés entschieden positiv. Die dritte
die Moskauer Internationale, ist das nicht, ihr Wesen ist
dieser Beziehung noch nicht vollständig geklärt, aber zunächst
erhebt es als reichlich militärisch. Die dritte Internatio-
nale erkennt den blutigen Kampf, Bürgerkrieg wie Bürger-
krieg, als unvermeidliche Faktoren der von ihr angeführten
„Weltrevolution“ an, sie ist nicht im mindesten sentimental.
Darum gibt sie auch gar nichts auf positive Bestrebungen
sie weist auf Bürgerkrieg und Schiedsgerichte und erwartet
den dauernden Frieden erst von dem vollständigen Sieg der
Weltrevolution.

Es ist klar, daß für uns deutsche Sozialisten die Ein-
stellung der Franzosen auf die zweite Internationale bedeu-
tend erfreulicher wäre. Auf dem Boden der zweiten Inter-
nationale könnte praktische Arbeit geleistet werden zu den
Zwecken, die Revision des Friedens von Versailles, seine
menschlich verträgliche Ausführung und die Wiederherstellung
der Völker vorzubereiten. Der Bolschewismus freilich gibt
sich mit solchen Fragen nicht ab. Und weil die französische
Sozialisten ziemlich richtungslos zwischen den Gedanken-
gängen der zweiten und der dritten Internationale stehen
darum können sie auch vorläufig in der Friedensfrage nicht
zu einem Standpunkt kommen, von dem aus eine praktische
Einwirkung auf die äußeren politischen Verhältnisse mög-
lich ist.

Ein Beweis von vielen dafür, mit welcher Verständnis-
losigkeit die meisten französischen Sozialisten nach den Aus-
gängen einer praktischen Friedenspolitik gegenüberstehen, be-
weist ihr Verhalten nach der deutschen Abrüstung. Frankreich
sicht noch vom Kopf bis zum Fuß gerüstet auf deutschem
Boden und will hier mindestens fünfzehn Jahre, wenn es
aber nach den Wünschen seiner Amerikaner acht, für alle
Zeit stehen bleiben. Deutschland hat im Waffenstillstand weit
Strecken seines bisherigen Gebietes abgeben müssen, es hat
ungeheure Mengen von Waffen an die Sieger abgeliefert und
sein Heer fast vollständig demobilisiert. Da ist es für uns
deutsche Sozialisten ganz unverständlich, wenn uns von den
französischen Sozialisten zugerufen wird: „Ihr habt noch
lange nicht genug abgerüstet, ihr müßt noch mehr abrüsten!“
Solche Befehle an den geschlagenen Feind hört man ohne
Verwunderung aus dem Munde von Generalen, man hat
aber das Recht, einigemmaßen erstaunt zu sein, daß sie von
seinen französischen Sozialisten moralische Unterstützung fin-
den. Etwas ganz anderes wäre es, wenn die französischen
Sozialisten ein auf Abrüstung gerichtete Abkommen zwi-
schen Gleichberechtigten fordern würden, dagegen wäre natür-
lich nicht das geringste Recht den geschlagenen Gegner in
die Hände bedroffene Rechte zu geben, auch noch das Allerbeste her-
zugeben, womit er sich unter Umständen verteidigen könnte,
es scheint es uns nicht die Sache der Sozialisten zu sein, dazu
Verfall zu klaffen.

Rechtliche Abverhandlungen gibt es noch mehr. Wir
müßten sie aber keinesfalls auf bösen Willen zurückführen,
sondern erklären sie aus dem Zustand der Verwirrung, in
den die politische Arbeiterbewegung Frankreichs geraten ist.
Die um jeden Preis hochgehobene äußere Einheit hat eben
auch ihre Nachteile. Im französischen Sozialismus gibt es
heute die mehr realpolitisch gerichtete Richtung Renaudel,
die sich aber von ihrer Deutschenfresserei während des Frie-
des noch nicht erholt hat, die Richtung Longuet, die un-
gefahr der untreuen Unabhängigen entspricht, und die Richtung
Lorient, die einfach bolschewistisch ist. Wenn man immer
bestrebt sein muß, zwischen diesen Richtungen zu vermitteln
und Kompromisse zu schließen, so mag dabei manchmal etwas
herauskommen, worüber sich nachher alle Beteiligten wundern.

Eine klare Richtung der auswärtigen Politik des fran-
zösischen Sozialismus ist für absehbare Zeit leider nicht zu
erwarten. Und so erweist sich auch hier wieder die innere
Zersplitterung der Arbeiterbewegung als ein wahres Verhäng-
nis für die Welt. Aufgabe der französischen Sozialisten
müßte es jetzt sein, ihr Vaterland von jener verhängnisvollen
Politik abzubringen, die es in einen dauernd sich verschärfen-
den Konflikt mit Deutschland und in eine gefährliche moralische
Molierung hineintribt. Ihre Aufgabe wäre es, unbeküm-
mert um die inneren Streitigkeiten der deutschen Arbeiter-
bewegung, die Solidarität der beiden großen Republiken und
der arbeitenden Völker in beiden zu proklamieren. Aber die
leidenschaftliche Beschäftigung mit Gruppen und Splittern
beraubt ihnen den Blick auf das große Ganze, und so wird
eine weltgeschichtliche Stunde in nutzlosen Streit verbrannt.